

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. jährlich 18 RM. Einzelnummern 10 Pf. W. Die Postämter, Postämter und Briefkastenbesitzer erhalten nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff-Dresden
Postfach: Dresden 2540
Freitag, den 24. Juni 1932.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 146 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2540

Freitag, den 24. Juni 1932.

Das Nebengleis.

Der Appell, den der amerikanische Präsident Hoover in Genf an alle Völker gerichtet hat, abzurufen, kommt fast genau ein Jahr nach der berühmten Erklärung des Hoover-Jahres. Bei beiden Schritten handelt es sich sicher um Vorgehen, die von hohem Idealismus getragen wurden, aber auch die vernünftigen vierzehn Punkte Wilsons zeigen bei ihrer feierlichen Verkündung diesen Idealismus. Was dann im Verlauf der praktischen Entwicklung daraus geworden ist, das spüren wir noch heute schmerzhaft am eigenen Leibe. Bei allen diesen amerikanischen Erklärungen zeigte sich und zeigt sich noch heute, daß sie erlassen wurden in Unkenntnis der verwickelten europäischen Lage, und jedesmal ließ es sich Frankreich nicht nehmen, sofort Wasser in den Wein amerikanischer Begeisterung zu gießen. Auch jetzt wieder ist es der französische Kriegsminister, der als erster den Abrüstungsvorschlag glatt ablehnt. Die französische Regierung bleibt uneingeschränkt auf ihrem bisherigen Standpunkt, daß ohne Sicherheitsgarantien eine Lösung des Abrüstungsproblems nicht denkbar ist. Zu diesen Sicherheitsgarantien gehört bekanntlich die Aufrechterhaltung der militärischen Entmannung Deutschlands, wie sie der Versailler Vertrag gebracht hat. Da Deutschlands Hauptkampf auf der Abrüstungskonferenz auf die Wiederherstellung der Gleichheit in den Abrüstungen mit den anderen Ländern gerichtet ist, so ist klar, daß eine Entwicklung der Abrüstungsverhandlungen auf der Linie der Hoover'schen Vorschläge die deutsche Forderung völlig unberücksichtigt lassen würde. Wenn auch die Vorschläge Hoovers von der Reichsregierung begrüßt worden ist, weil sie das große Verdienst hätte, der Abrüstungskonferenz einen neuen Impuls zu geben, so wird die deutsche Delegation doch scharf darauf achten müssen, daß bei der neuen Verhandlungsbasis in Genf nicht ihre Forderung nach Gleichberechtigung in die zweite Linie gedrängt und als weniger wichtig behandelt wird. Wahrscheinlich wird es den amerikanischen Vorschlägen zu ergeben, wie es bisher allen Vorschlägen von anderer Seite erging: sie werden zur Nachprüfung ihrer technischen Durchführbarkeit den Kommissionen überwiesen werden, wo dann der bekannte endlose Streit um Worte und Begriffe einsetzen wird, der jeder tatsächlichen Feststellung ängstlich aus dem Wege geht. Von der deutschen Gleichberechtigung spricht Hoover in seiner Kundgebung überhaupt nicht, ja man müßte fast annehmen, daß er den jetzigen Zustand Deutschlands als einen unabänderlich gegebenen ansieht, wenn er die Deutschland eingeräumten Streitkräfte als Maßstab für eine entsprechende Regelung in den anderen Ländern anspricht.

Auch von der Regelung der politischen Schulden ist in der amerikanischen Vorschläge nicht die Rede, aber die allgemeine Meinung geht doch dahin, daß die Erfüllung der amerikanischen Abrüstungsvorschläge die Bedingung darstellt, an die Amerika ein eventuelles Nachgeben in der Schuldenfrage knüpft. Hoover will sich durch die Aufstellung dieser Bedingungen, von denen er genau weiß, daß ihre Behandlung sehr sehr lange Zeit in Anspruch nehmen wird, anscheinend vor einer baldigen Entscheidung in der Schuldenfrage drücken, die er jetzt vor den amerikanischen Wahlen nicht wagen darf. So lange wie die endgültige Entscheidung der Mächte über Annahme oder Ablehnung der Bedingungen dauern wird, dauert keine Präsidentenwahl. Zeit gewonnen, alles gewonnen!

So würde der Vorschlag Hoovers, aus der Perspektive Deutschlands betrachtet, mit seiner Verknüpfung von Abrüstung und Reparationen eine durchaus unerträgliche Verschleppung der deutschen Forderungen auf Reparationsstreitigung und Gleichberechtigung bedeuten. Eine solche Verzögerung der Klärung der wirtschaftlichen und politischen Stellung Deutschlands im Konzert der Völker ist aber untragbar. Schon droht zum zweiten Male von Wien aus das Krisengeschwür aufzubrechen. Nach dem Zusammenbruch der Kreditanstalt das Moratorium, das fortzuehend Böses gebären müßte. Die saisonmäßige Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes ist bereits zu Ende, ohne daß sich Erleichterungen gezeigt haben, und die Zahl der Erwerbslosen ist schon wieder im Steigen begriffen. Zeit verloren, alles verloren!

Schon in der Erklärung des weiteren Aufschubes der Reparationszahlungen während der Dauer der in Permanenz erklärten Lausanner Konferenz kann man den Versuch erblicken, Zeit zu gewinnen und die Diskussion der Reparationen auf ein Nebengleis zu schieben. Durch die Hoover-Vorschläge entsteht eine, wenn auch von Amerika sicherlich nicht gewollte, neue Gefahr der Verschleppung der deutschen Forderungen. Die Verknüpfung der Abrüstungsfrage mit der Reparationsfrage könnte eventuell eine Verschleppung des Schwerpunktes von Lausanne nach Genf mit sich bringen. Die Teilnehmer an der Tribunkonferenz eilen zur Entgegennahme der amerikanischen Erklärung in Scharen von Lausanne nach Lausanne zurück, wo ihrer noch die größte und schwerste Aufgabe ungelöst harret.

Für Endlösung und Gleichberechtigung.

Deutschland will den Frieden der Welt.

von Papen vor der deutschen Kolonie in Lausanne.

Bei einem Empfang, den die deutsche Kolonie in Lausanne zu Ehren der deutschen Delegation veranstaltete, hielt Reichskanzler von Papen eine Rede, in der er zunächst die Bedeutung des Auslandsdeutschtums hervorhob und der österreichischen Brudernation Freundschaft gelobte. Der Reichskanzler fuhr dann fort: Es geht in Lausanne nicht darum, die Ursachen zu suchen, die die Weltwirtschaft in Unordnung gebracht haben. Diese sind zur Genüge bekannt und von allen Sachverständigen der Welt überzugend und übereinstimmend oft genug dargelegt worden. Heute gilt es, die bereits bekannten Fehlerquellen zu beseitigen. Die Zeit der halben Maßnahmen ist vorbei.

Die Völker Europas und der Welt wollen Taten sehen. Ich kann nicht daran glauben, daß die Welt zu einer solchen positiven Arbeit noch nicht reif ist. Die Geißel der Arbeitslosigkeit lastet schwer auf Deutschland. Die Hoffnung der Jugend ist fast geschwunden. Das wirtschaftliche Leben gleicht einem Kirchhof. Mehr noch als das materielle Elend lastet auf uns, das niederdrückende Bewußtsein, zu einer Nation minderen Rechtes degradiert zu sein. Kann man sich wundern, wenn ein Volk mit einer so stolzen Geschichte wie das deutsche sich mit allen Fasern seines Herzens gegen den Zustand aufbäumt, der sein seelisches Gleichgewicht in dem empfindlichsten Punkte zerstört muß?

Die Welt muß sich darüber klar sein, daß das materielle Unglück, unter dem Deutschland so besonders schwer leidet, nicht an den Grenzen eines Landes halt macht.

Und auch darüber, daß die seelischen Spannungen gegenwärtigen Europa erzeugen müssen, die das soziale Gleichgewicht Europas auf das ernsteste bedrohen. Leider sind die Ansätze zu einer Besserung, wie der Moratoriumsvorschlag Hoovers, nicht mit der Energie verfolgt worden, die nötig gewesen wäre. Nicht minder hat

die neue Vorkonferenz des Präsidenten Hoover der Welt erneut bewiesen, mit welchem Ernst die große amerikanische Nation auch ihrerseits dem Weltübel an die Wurzel zu greifen gewillt ist. Man muß sich entschließen, endlich

einen endgültigen Strich unter die tragische Rechnung des Krieges zu ziehen. Das allein ist imstande, der Welt das Vertrauen wiederherzugeben, dessen sie bedarf, um das seelische und materielle Gleichgewicht wiederzufinden. Deutschland will den Frieden in Ehren, weil es den Frieden der Welt will.

Sieben Milliarden Goldmark Abschlußzahlung!

Frankreich unmögliche Forderung an Deutschland.

Die privaten Besprechungen auf der Reparationskonferenz wurden weiter fortgesetzt, ohne daß bisher noch ein Anfang sachlich klärender Beratungen oder ein Abschluß der Konferenz zu sehen ist. Reichskanzler von Papen empfing den belgischen Außenminister Humans und den belgischen Finanzsachverständigen Francaul. Von belgischer Seite wird versucht, zwischen der deutschen und französischen Regierung unter Anmeldeung von Sonderwünschen eine vermittelnde Tätigkeit auszuüben. Die Überwindung der belgischen und französischen Denkschrift über die Reparationsfrage ist bisher noch immer nicht erfolgt, da bei der endgültigen Festlegung der französischen Vorschläge gewisse Meinungsverschiedenheiten innerhalb des belgisch-französischen Lagers zutage getreten sein sollen.

Jedoch bewegen sich die französischen Vorschläge nach allen Mitteilungen jetzt in der Linie, daß der vollständige Zahlungsausschub für Deutschland drei Jahre dauern und sodann die Abschlußzahlung Deutschlands durch einen internationalen Sachverständigenausschuss festgesetzt werden soll. Von französischer Seite wird hierfür immer noch ein Betrag von sieben Milliarden Goldmark genannt.

Die englische Regierung hat ihrerseits ihren Standpunkt in einer Denkschrift festgelegt, die Herriot übergeben worden ist. In dieser Denkschrift soll die englische Regierung an der grundsätzlichen Forderung der vollständigen Reparationsstreitigung festhalten, jedoch erklären, daß, falls eine Einigung hierüber nicht zustande kommt, die Abschlußzahlung Deutschlands so gering gehalten sein müsse, daß hierdurch in keiner Weise eine Schädigung der deutschen Wirtschaft oder Versperrung deutscher Wiederaufbaumöglichkeiten eintrete.

Es braucht heute nicht mehr betont zu werden, daß die deutsche Regierung nach wie vor alle

derartigen Kompromißvorschläge ablehnt.

Der Hoover-Vorschlag und die deutsche Gleichberechtigung.

Deutschland bleibt fest.

In maßgebenden deutschen Kreisen betont man die außerordentliche Bedeutung des neuen Abrüstungsplanes des Präsidenten Hoover, der als ein erster entscheidender Schritt aufwärts begrüßt wird. Man hebt besonders hervor, daß in der völlig verfahrenen und ausweglosen Lage der Abrüstungskonferenz der Vorschlag des Präsidenten Hoover eine völlig neue Lage geschaffen habe. Der amerikanische Vorschlag, der inhaltlich nach deutscher Auffassung mit der italienischen Stellungnahme übereinstimmt, würde im Falle einer tatsächlichen Durchführung bereits zu der von der deutschen Regierung seit jeher geforderten weitgehenden Verminderung der Abrüstungen und damit Verminderung der völlig untragbar gewordenen finanziellen Lasten für die Abrüstungsausgaben führen.

Die Initiative des Präsidenten Hoover ist daher in deutschen Regierungskreisen mit großer Sympathie aufgenommen worden, jedoch wird als ganz selbstverständlich hervorgehoben, daß hierdurch die grundsätzliche deutsche Forderung auf Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in keiner Weise berührt wird und die deutsche Regierung selbstverständlich in den weiteren Abrüstungsverhandlungen an dieser elementaren Forderung lebenswichtigster deutscher Interessen weiter festhält.

Der Reichskanzler bleibt in Lausanne.

Die Lage immer noch unverändert.

Herriot hatte eine mehrstündige Unterredung mit Macdonald. Es wird mitgeteilt, daß auch nach dem Ablauf dieser Unterredung sich keine Änderung der Lage weder in der Reparationsfrage, noch in der österreichischen Anleihefrage ergeben habe. Gerüchte, nach denen der Reichskanzler Ende der Woche nach Berlin zurückkehren soll, werden von zuständiger deutscher Stelle als unzutreffend bezeichnet. Die Rückkehr des Reichskanzlers hänge von dem Verlauf der Konferenz ab.

Kein deutsch-französisches Militärbündnis geplant.

Zu den Mitteilungen der amerikanischen Presse, nach denen Reichskanzler von Papen der französischen Regierung ein Militärbündnis vorschlagen will, wird an zuständiger deutscher Stelle erklärt, daß diese Gerüchte in keiner Weise den Tatsachen entsprechen.

Washington ist optimistisch.

Die amtlichen Washingtoner Kreise äußern sich trotz der französischen Kühle hoffnungsvoll über die Aufnahme und die Aussichten des Abrüstungsplanes des Präsidenten Hoover. Die transatlantischen telephonischen Berichte der amerikanischen Abrüstungsdelegation sind viel optimistischer als die Pressemitteilungen. Der Abrüstungsplan wird auch in Kreisen des Kongresses günstig beurteilt, weil er die Streitkräfte der Vereinigten Staaten verhältnismäßig eher stark als schwäche. In amerikanischen Regierungskreisen wird der französische Sicherheitskomplex allgemein als hysterisch bezeichnet.

Papen verhandelt heute mit Herriot.

Lausanne, 23. Juni. Die Aussprache zwischen von Papen und Herriot findet am Freitag vormittag um 10 Uhr im französischen Hauptquartier, dem Hotel Lausanne Palace statt, wo zunächst eine Unterredung zwischen Herriot und dem Reichskanzler erfolgte, an die sich nach französischen Mitteilungen eine gemeinsame Besprechung der gesamten deutschen und der gesamten französischen Abordnung anschließt wird. Nach Mitteilungen von deutscher Seite nehmen an den morgigen deutsch-französischen Besprechungen außer dem Reichskanzler auch der Reichsaußenminister sowie Staatssekretär von Hilow teil.

In französischen Kreisen wurde am Donnerstagabend in Zweioptimismus gemacht und der Stand der Konferenz als „günstig“ bezeichnet. Die Konferenz habe durchaus Schritte vorwärts gemacht. Die jetzt beginnenden Verhandlungen mit der deutschen Regierung würden zweifellos schwierig sein, jedoch bestünde noch die Hoffnung auf eine Verständigung mit der deutschen Regierung. Die französische Regierung halte jedoch selbstverständlich uneingeschränkt an ihrem Standpunkt fest, daß

1932 und 1931 aber hauptsächlich nach Storkel bei Genf, behält die ständige Verbindung mit Berlin, um alle Entscheidungen zu treffen, und alle Entscheidungen zu treffen, und alle Entscheidungen zu treffen.